



HESSISCHER LANDTAG

01. 09. 2026

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

**Hessens Hochschulen unter Wahrung der Hochschulautonomie stärken:
resilient, effizient, transferorientiert**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, die derzeitigen Bestrebungen der Landesregierung zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HessHG). Er betont die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit unter den sich verändernden globalen Bedingungen, die zentrale Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklung des Landes Hessen sowie die Bedeutung der Autonomie der hessischen Hochschulen. Ebenso wichtig ist eine Wissenschaftskultur, die sich ihrer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung in einer Zeit großer geopolitischer Herausforderungen bewusst ist. Der internationale Wettbewerb um Talente, steigende Anforderungen an Innovation und Transfer sowie die Notwendigkeit effizienter Steuerungsstrukturen erfordern eine konsequente Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsrahmens, der auch eine stärkere Einbeziehung der Studierenden in die Entscheidungsstrukturen und mehr Familienfreundlichkeit in der akademischen Laufbahn umfassen sollte.
2. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Landtag eine Novellierung des HessHG mit dem Ziel einer umfassenden Modernisierung und strategischen Weiterentwicklung der Hochschulen sowie damit verbundenen Anpassungen an die aktuellen Herausforderungen, denen sich die Hessische Hochschullandschaft ausgesetzt sieht.
3. Der Landtag begrüßt, dass dem Schwerpunkt Resilienz und Personal eine zentrale Bedeutung bei der Novellierung des HessHG eingeräumt wird. Die Aufnahme von Ansprechpersonen für von Antisemitismus Betroffene ist dem Landtag vor dem Hintergrund des ausgreifenden Antisemitismus in der Gesellschaft ein besonderes Anliegen. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung Maßnahmen zum Schutz insbesondere jüdischer Lehrender und Studierender und anderer von Anfeindungen betroffener Gruppen auf dem Campus prüft.
4. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Bestrebungen der Landesregierung, die eine Stärkung der Familienfreundlichkeit in der akademischen Laufbahn, insbesondere durch die Verlängerung der höchst zulässigen Dauer des Beschäftigungsverhältnisses während der Bewährungsphase einer Qualifikationsprofessur um einen definierten Zeitraum pro Kind sowie Berücksichtigung zu pflegender Angehöriger, zum Ziel haben.
5. Der Landtag begrüßt die beabsichtigte Stärkung des Transfers, insbesondere bezogen auf die Ressourcen der Hochschule und durch die Einführung eines Transfer- und Gründungsfreisemesters und erhofft sich dadurch die Hebung von Potenzialen für Wachstum und Beschäftigung aus den Hochschulen heraus. In diesem Zusammenhang wird die Erweiterung der Unterstützung bei Patentanmeldungen und der Sicherung geistigen Eigentums zur Stärkung des Wissens- und Technologietransfers aus den Hochschulen befürwortet. Damit können die Hochschulen in Rollen als zentraler Treiber von Innovationen weiter ausbauen.
6. Im Zuge der Bestrebungen im Bereich der Entbürokratisierung begrüßt der Landtag die Vereinfachung des Berichtswesens. Auch die einfachere und rechtssichere Ausgestaltung der Regelungen zur Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL-Mittel) wird ausdrücklich befürwortet.

7. Der Landtag begrüßt die mit der nächsten HessHG-Novelle beabsichtigte Erweiterung der Möglichkeiten zu Kooperationen zwischen den Hochschulen. Hierbei sind die Möglichkeiten der übergreifenden Mittelverwendung und gemeinsamer Berufungen in Hochschulverbünden, vereinfachte Zweiteinschreibungen und die Anwendung der vorteilhaftesten landesrechtlichen Hochschulzugangsregelung bei länderübergreifenden institutionalisierten Hochschulverbünden von besonderer Bedeutung. Neben der vereinfachten Zusammenarbeit der Hochschulverbünde, die sich im Exzellenzauswahlverfahren befinden, kann auch weiteren Hochschulen die Kooperation erleichtert werden.
8. Der Landtag begrüßt die beabsichtigte Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel, eine Übernahme der Vorschläge für alternative Personalstrukturen (bspw. Department-Strukturen) aus dem Empfehlungspapier des Wissenschaftsrats durch die Hochschulen auf freiwilliger Basis zu ermöglichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. September 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert